



Resolution der Arbeitsgruppe Migration

Migration ist in Westeuropa seit den 1970er Jahren zu einem Thema geworden, das einen breiten Raum in der tagespolitischen Realität einnimmt und womit Wahlkampf betrieben wird. Mit Migration verbindet man meist nur die Einwanderungsländer und deren Probleme, wobei der Blick auf die globale Problematik meist völlig vergessen geht. Dabei wird die Debatte fast immer auf dem moralischen Diskurs geführt und auf eine Analyse von ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen verzichtet oder noch schlimmer sogar auf den Missbrauchsdiskurs eingegangen.

Geschichtlicher Hintergrund

Wenn man von Migration spricht, meint man damit in erster Linie Arbeitsmigration. Im kapitalistischen Weltmarkt gilt es möglichst billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben, welche durch Migration zur Verfügung gestellt werden. Die gegenwärtige Situation hat ihre Wurzeln vor allem in der Migrationspolitik der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Damals hatten sich temporäre Aufenthalter bzw. Gastarbeiter als vorübergehende Arbeitskraft etabliert. Bis zur Wirtschaftskrise 1974/75 kamen vor allem Einwanderer aus dem Süden Europas (Italien, Spanien), welche nun in den Krisenjahren zu Hause bleiben mussten – somit konnte die Arbeitslosigkeit einfach exportiert werden. In den 80er-Jahren wurden dann neue billige Arbeitskräfte aus Portugal, der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien rekrutiert, welche zunehmend auch ihre Familien mitbrachten. Doch noch besser zugeschnitten auf die Erfordernisse des neoliberalen Prinzips sind die Sans-Papiers, welche extrem ausbeutbar sind. Sie sind eine frei verfügbare Arbeitskraft, welche beliebig auswechselbar ist und keine sozialen, politischen und ökonomischen Rechte besitzt (Auslagerung der sozialen Kosten). Ganze Branchen wären in der Schweiz ohne MigrantInnen nicht mehr funktionsfähig. Alleine im Gastgewerbe stellen MigrantInnen über die Hälfte der Arbeitskräfte, in privaten Haushalten 36%, im Baugewerbe 35%, in der Industrie 34% und im Gesundheits- und Sozialwesen 23% (BFS 2006).

Von den Einwanderungsländern wird die Migration gleichzeitig als Notwendigkeit und als Gefahr gesehen. Dieser Widerspruch manifestiert sich in der Verbarrikadisierung der Grenzen gegenüber den MigrantInnen aus den Nicht EU/EFTA-Staaten. Diese rassistische Hierarchisierung teilt die EinwanderInnen nach wirtschaftlichem Nutzen ein. Dabei wird auf biologische und kulturelle Wesensunterschiede verwiesen, welche eine Integration in die Schweizer Gesellschaft verhindern soll. Die ungewollten EinwanderInnen werden deshalb als Gefahr für die Sicherheit gesehen und von vornherein unter Verdacht gestellt. Unter dem Vorwand gegen MigrantInnen vorzugehen wird der Überwachungsstaat ausgebaut und erkämpfte soziale Errungenschaften angegriffen. Eine rassistische Einwanderungspolitik dient dazu die Brüche innerhalb der Gesellschaft, die eigentlich zwischen Kapital und Arbeit verlaufen, in die Arbeiterklasse zu verlegen. Auf die immer stärker aufkommende parteiübergreifende Fremdenfeindlichkeit und den Sozialrassismus reagierte die Linke leider mit Konzeptlosigkeit.

MigrantInnen als Bestandteil der Schweiz

Der errungene Weltmeistertitel der Schweizer U17-Nationalmannschaft an der Weltmeisterschaft in Nigeria ist das beste Beispiel: Die MigrantInnen in der Schweiz wollen und können etwas erreichen, wenn sie gezielt gefördert und unterstützt werden. Denn mehr als die Hälfte der Mannschaft sind «Secondos» und haben einen Migrationshintergrund. Dies ist der Beweis dafür, dass auch Multikultur ein Erfolgsmodell sein kann. Damit dieses Erfolgsmodell langfristig erfolgreich ist, braucht es eine erfolgreiche und nachhaltige Integration. Das öffentliche Bild von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist oft negativ besetzt. Dabei stellt sich die Frage, was wäre die Schweiz ohne Migrantinnen und Migranten? Ohne ihr Wissen, ihre Kulturen, ihre Steuern, ihre Arbeit und ihre Zahlungen an die Sozialdienste? Die MigrantInnen sind wichtig für die Schweiz, ebenso aber empfinden diese es als Privileg in der Schweiz arbeiten und leben zu können. Denn mit oder ohne Schweizer Pass, die Schweizer MigrantInnen besitzen viel Potential, das ausgeschöpft werden kann und muss. Ein erster Meilenstein in Richtung nachhaltige Integration ist die Chancengleichheit. Denn nur wenn für alle MigrantInnen die gleichen Chancen garantiert werden, fühlen sie sich als einen Bestandteil der Schweiz. Beim Sport spielt beispielsweise die Herkunft keine Rolle. Es ist deshalb zu fordern, dass auch in anderen Lebensbereichen diese positive Haltung gegenüber Secondas und Secondos durchdringt. Sowohl bei der Lehrstellenvergabe, der Medienberichterstattung, als auch in der öffentlichen Wahrnehmung. Es drängt sich auch die Frage auf über wie viele Generationen man als MigrantIn noch AusländerIn ist. Viele MigrantInnen sind in der Schweiz geboren, sie sind Schweizerinnen und Schweizer ohne Pass.

Die Position der JungsozialistInnen

Wir JungsozialistInnen haben uns schon immer für MigrantInnen unseres Landes und der ganzen Welt eingesetzt und werden dies auch in Zukunft tun. Uns ist es wichtig, diese Themen breit zu diskutieren und unsere Position auszuarbeiten und ständig weiterzuentwickeln. Statt scheinheilige Forderungen nach einer Pseudoassimilation benötigen wir endlich Massnahmen, welche einer richtigen Integration Vorschub leisten. Die Schlagworte lauteten und lauten:

- Aktives und passives Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen auf allen Ebenen – wer Steuern zahlt, soll auch mitbestimmen können.
- Kostenlose, obligatorische Sprach- und Integrationskurse für alle MigrantInnen statt Assimilationsforderungen.
- Kollektive Regularisierung von Sans-Papiers statt Verteufelung!